



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

Flugroutenverlegung Amtix verletzt Grundrechte vieler Bürger

Eine Flugstrecke im Darmstädter Norden soll nach Norden über weniger belastetes Gebiet gelegt werden. Es werden dadurch viele von Fluglärm entlastet, aber es gibt auch Neu- und zusätzlich Belastete. Deren Rechte werden mit den Füßen getreten. Teilweise werden sogar die Auslösewerte des Fluglärmgesetzes überschritten, ohne dass über einen Schutzanspruch überhaupt nachgedacht wird. Dabei wäre es geboten, vor Verlegung der Strecke nach dem Fluglärmgesetz die künftige Lärmbelastung zu berechnen und für angemessenen Schutz Sorge zu tragen. Das Fluglärmgesetz wird hier bewusst ignoriert. Da mutmaßlich der Flughafenbetreiber nicht bereit sein wird, hier Schallschutz zu finanzieren, besteht wohl ein stillschweigendes Einvernehmen, dass auch neue Hochbetroffene auch längerfristig nicht geschützt werden sollen.

Es ist schon schlimm, dass es grundsätzlich zulässig ist, Menschen einer unzumutbaren Fluglärmbelastung auszusetzen. Dann muss aber zumindest passiver Schallschutz vorhanden sein. Hier werden Menschenrechte einer überschaubaren Zahl von Bürgern verletzt. Anscheinend gilt in Hessen jetzt, dass Grundrechte von der Zahl der Nachbarn abhängig sind. Ganz abgesehen davon, dass die Evidenz der Grundrechtsverletzung in den neu belasteten ungeschützten Gebieten weit ausgeprägter ist als in geschützten Gebieten im Darmstädter Norden.

Neben den Verlust an Lebensqualität und gesundheitlicher Gefährdung müssen Immobilienbesitzer mit erheblichen Wertverlusten rechnen. Es gibt nicht den geringsten Nachteilsausgleich. Monarchie und Diktatur sind offenbar längst noch nicht überwunden; dass einzelne Betroffene Sonderopfer erbringen sollten, beruht auf der Rechtsprechung eines kaiserlichen Gerichts, wurde von den Nazis nicht in Frage gestellt und bereits kurz nach dem Krieg von bundesrepublikanischen Richtern bestätigt und bis heute nicht geändert.

Statt ihre Fluglärmprobleme nach dem St. Floriansprinzip zu lösen, sollten Darmstadt, Mainz und Offenbach nachdrücklich für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine Reduzierung des Zahl der Flugbewegungen eintreten

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ (BBI), ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region.
- Kein Terminal 3 – Sofortiger Baustopp!
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt: Monika Wolf, Knut Dörfel, Michael Flörsheimer, Bündnissprecher*innen
Email: sprecher@flughafen-bi.de
Mobil: 015789683516

BBI Bündnis der Bürgerinitiativen, eMail: buero@flughafen-bi.de

Bankverbindung: VR-Bank Bad Orb-Gelnhausen IBAN DE81 5079 0000 0006 7852 98 BIC GENODE51GL
www.flughafen-bi.de